

Das Aeltestenkollegium gegen die Umsatzsteuer.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin nahmen in ihrer letzten Sitzung Stellung zu der von der Kommission des Reichstages in erster Lesung beschlossenen Warenumsatz-Steuer. Sie verkennen nicht, daß die von der Reichsregierung vorgeschlagene Quittungsstempelsteuer für den Verkehr, namentlich des Bankbetriebes und des Kleinhandels, erhebliche Belästigungen und Unbequemlichkeiten mit sich bringen müßte, und es daher erwünscht erschien, sie durch eine Abgabe ersetzt zu sehen, die solche Nachteile nicht besitzt. Sie erkennen an, daß die Umsatzsteuer diesem Wunsche entsprechen würde und daß sie dem einmaligen Warenumsatz an sich nur eine verhältnismäßig geringe Belastung von 1 % des Wertes bringen würde.

Aber diese Vorzüge würden durch allgemeine volkswirtschaftliche Nachteile vollständig in den Hintergrund gedrängt werden. Die meisten Waren müssen auf dem Wege vom Rohprodukt zum Halbfabrikat, vom Halbfabrikat zum Fertigfabrikat vom Fertigfabrikat zum Konsumenten einen vielfachen Umsatz durchmachen, und da jeder Verkäufer bestrebt sein würde, seine durch die Umsatzsteuer erhöhten Betriebskosten auf den Käufer abzuwälzen, müßte für den Konsumenten des endgültigen Produktes eine erhebliche Verteuerung entstehen. Für den Handel aber würde die Steuer eine um so größere Belastung bringen, je geringer der prozentuale Nutzen ist, den er bei seiner volkswirtschaftlich nützlichen Vermittlertätigkeit, namentlich, wenn es sich um Stapelartikel handelt, für sich in Anspruch zu nehmen in der Lage ist; für jeden Umsatz würde aber der Händler bei einem Gewinn von 1 pCt. nicht weniger als 10 pCt. desselben an Umsatzsteuer zu zahlen haben. Dazu kommt, daß, um eine Verteuerung des Produktes nach Möglichkeit zu vermeiden, in vielen Fällen der alte Versuch gemacht werden würde, ein Glied des Zwischenhandels auszuschalten.

Angesichts solcher Schäden müssen die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin betonen, daß es nach Beendigung des Krieges das wichtigste Ziel unseres Wirtschaftslebens sein muß, für den inländischen Markt wie für den Export so billig wie nur irgend möglich zu produzieren, und daß alles geschehen muß, die Arbeit der Industrie und des Handels möglichst anzuspornen. Der Handel, der während des Krieges in sehr vielen Fällen ausgeschaltet oder stark beschränkt worden ist, muß im Frieden seine durch eine lange Vergangenheit glänzend erprobte volkswirtschaftliche Funktion bei der Beschaffung und Verteilung der Güter wieder aufnehmen; sie wird für unsere wirtschaftliche Weiterentwicklung notwendiger denn je sein, und diese an sich mit großem Risiko verbundene Aufgabe darf nicht erschwert oder verkümmert werden. Außerdem besteht die Gefahr, daß die Umsatzsteuer, die nach dem Beschluß der Reichstagskommission ohne Rücksicht auf einen Gewinn gezahlt werden soll, bald in eine Steuer umgewandelt wird, die nach der Höhe des Gewinnes und nach der Größe der Umsätze abgestuft wird; dadurch wird in die Produktion ein Moment der Beunruhigung getragen, das gerade bei der Lage unserer Volkswirtschaft nach dem Kriege außergewöhnlich bedenklich ist. Grundgedanke unserer gegenwärtigen und zukünftigen Steuerpolitik muß es sein, die Produktionsvorgänge selbst so wenig wie möglich durch Steuern zu verteuern oder zu erschweren; im Gegenteil muß alles getan werden, um die Produktion im Interesse der Produzenten, der Arbeiter und der Konsumenten und zur Neubildung von Kapital zu beleben und zu erleichtern.

So verständlich und verlockend es daher ist, den Unbequemlichkeiten und Belästigungen, welche die einzelnen in Vorschlag gebrachten Verkehrssteuern mit sich bringen, zu entgehen, indem eine einheitliche Umsatzsteuer eingeführt wird, so müssen doch diese Rücksichten gegenüber den großen wirtschaftlichen Fragen, die mit der Umsatzsteuer verknüpft sind, in den Hintergrund treten.

Die Aeltesten vertreten danach denselben Standpunkt, dem die „Voss. Ztg.“ mehrfach in ausführlicher Weise Ausdruck gegeben hat.